

---

## Umweltschutz - Berichte aus der Praxis

---

### Umweltschutz in der Lebensmittelindustrie

Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie wird im allgemeinen als umweltfreundlich angesehen. Dank strenger gesetzlicher Vorschriften kann man davon ausgehen, daß hier Produkte verarbeitet werden, die chemisch weniger manipuliert sind. Allerdings kann man chemische Vorgänge beim Verarbeitungsprozeß nicht ganz ausschließen. Nicht auszuschließen ist natürlich auch, daß sowohl Verarbeitungsprozesse der Nahrungsmittel, ihre Weiterverwertung und Rückstände sowie Abfälle an Verpackung die Umwelt belasten. Sicher wird es nicht allzu problematisch werden, wenn Herr Saubermann in den Betrieben Kehraus hält, um Staub, Gerüche und sonstige Abfall-

Produkte vor Eintritt in die Außenwelt rechtzeitig abzufangen. Es soll sogar möglich sein, unangenehme Gerüche zu neutralisieren. Der Schwerpunkt der Umweltbeeinflussung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie liegt sicher in der Verpackung und damit im Müllanfall bzw. dessen Beseitigung.

Soweit es den außerbetrieblichen Umweltschutz betrifft, unterstützt die Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten voll und ganz die Leitlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zweifellos wird es bei den jetzt notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung schädlicher Produktionsmethoden kommen, wobei umweltfreundlichere Verfahren unterstützt werden sollten. Dies gilt auch im Hinblick auf die Qualität unserer Ernährung. Vorwiegend interessiert sich unsere Gewerkschaft jedoch für den *betrieblichen Umweltschutz*. Was hier im Laufe der Jahre an Verbesserungen erreicht wurde, läßt hoffen, daß es auch im außerbetrieblichen Bereich möglich ist.

So führte seit Jahren die Getreidestaubentwicklung in Bäckereien, Mühlen und Mälzereien zu Arbeitsausfällen durch Bronchialasthma. Ein erheblicher Teil der Arbeitnehmerschaft wurde vorzeitig berufs- bzw. erwerbsunfähig. Mit Hilfe ärztlicher Gutachten und Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsämter gelang uns der Nachweis der berufsbedingten Gesundheitsschädigung. Heute ist Bronchialasthma als Berufskrankheit anerkannt. Die Berufsgenossenschaften müssen also entschädigen. Das schlägt sich nieder in einem erhöhten Beitrag der Unternehmer zur Berufsgenossenschaft. Da die Berufsgenossenschaften leistungspflichtig sind, überwachen sie mit ihrem technischen Aufsichtsdienst die Betriebe. So ist es zu einer fast staubfreien Verarbeitung im Bereich der Mühlenindustrie und der Mälzereien gekommen, ohne daß die Belastung der außerbetrieblichen Umwelt durch den Staub zugenommen hätte. In diesem Zusammenhang sollte auch einmal auf die Tarifpolitik hingewiesen werden. Die prozentualen Aufschläge für Erschwernisse wie Staubzulage, Hitzezulage usw. haben sicher auch ihren Teil dazu beigetragen, daß die Umwelt am Arbeitsplatz erträglicher gestaltet wurde.

Ein anderes Problem, das uns zur Zeit erhebliche Sorgen macht, ist die berufsbedingte Schwerhörigkeit durch Lärm. Insbesondere im Bereich der Getränkeindustrie hat die schnelle Technisierung der Flaschenabfüllanlagen in den letzten Jahren zu einer Zunahme der Lärmschwerhörigkeit geführt. Die Untersuchungen lärmexponierter Arbeitnehmer haben ergeben, daß, wenn nicht in möglichst kurzer Zeit Abhilfe geschaffen wird, die Berufsgenossenschaft mit einem erheblichen Aufwand an Entschädigungsleistungen für diese Berufskrankheit rechnen muß. Unsere Kollegen im Unfallverhütungsausschuß der Berufsgenossenschaft haben schon vor Jahren veranlaßt, daß der technische Aufsichtsdienst sich dieser Angelegenheit besonders widmet. Die einfachste Lösung wäre die Ablösung durch die Kunststoffflasche. Aber Bier in Kunststoffflaschen kann man sich kaum vorstellen. Mittlerweile hat man aber auch erkannt, daß die Kunststoffflasche wahrscheinlich das ungeeignetste Abfallprodukt ist, obwohl die Einwegflasche ebenso eine problematische Rolle in der Müllverwertung spielt. An diesem Beispiel sieht man deutlich, daß betriebliche Umweltprobleme ganz erhebliche Auswirkungen auf die außerbetrieblichen haben können. Traditionsbewußtes Verhalten der Verbraucher sowie die Verantwortung auch im Gesamtbereich der Umwelt gab uns Veranlassung, nicht auf die Kunststoffflasche zu setzen. In Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft und der Gewerbeaufsicht wurde daher vorerst als Hilfsmaßnahme der persönliche Hörschutz in den betroffenen Betrieben durchgeführt.

Versuche haben uns aber auch gezeigt, daß der persönliche Hörschutz problematisch werden kann, wenn der Arbeitnehmer sein Gehör bei seiner Kontroll- und Überwachungsfunktion nicht mehr oder nur eingeschränkt benutzen kann. Leider scheiterten bauliche Veränderungen in Form von Schallschluckmontagen meist an hygienischen Ge-

sichtspunkten. Im Bereich der Getränkeindustrie ist jedoch der Anteil der Rücklaufflasche noch ganz erheblich. Ihr Anteil an der Verpackung wird in Zukunft sicher wieder steigen, da sie die Umwelt kaum belasten und somit das billigste Verpackungsmittel sind. Das bedeutet aber in den betrieblichen Abfüllanlagen die Notwendigkeit technischer Veränderungen, um den Lärmpegel zu senken. Wenn wir davon ausgehen, daß bei der jetzigen und zukünftigen Produktion aus den oben genannten Gründen die Glasflasche nach wie vor Verwendung findet, sind Überlegungen anzustellen, wie über die Konstruktion der Flaschenabfüllanlagen der Lärm reduziert werden kann oder die Flaschenform verändert wird. Seit gut einem Jahr finden bereits Versuche statt, um das Problem zu lösen, z. B. durch Veränderung an der Flasche: Noppenflasche, kunststoffbeschichtete Randflasche, Heye-Leichtglasflasche oder durch Konstruktionsveränderungen an den Abfüllanlagen wie z. B. Kapselung der Flaschentransportbänder.

Sobald sich aus den Versuchen günstigere Konstruktionsmöglichkeiten ergeben, wird über die Berufsgenossenschaft Einfluß genommen auf die Maschinenhersteller. Zur Zeit läuft über die Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gaststätten eine Aktion gegen den betrieblichen Lärm, um die Arbeitnehmer über die Wirkung von Gehörschutzmitteln sowie die Gefahren des Hörverlustes aufzuklären. Da die Selbstverwaltungsorgane paritätisch besetzt sind, haben wir auch als Gewerkschaft Einfluß. Sicher wäre in Richtung Umweltschutz am Arbeitsplatz kaum etwas geschehen, wenn nicht Kolleginnen und Kollegen in den Selbstverwaltungsorganen oder in den Betrieben die Dinge mitbeeinflußt hätten. Wir wissen alle, daß eine Verbesserung und Neugestaltung unserer Umwelt zum Überleben notwendig ist, doch ohne Eigeninitiative wird uns das kaum gelingen.

*Heinz Eiteneuer, Hauptverwaltung der Gewerkschaft  
Nahrung — Genuß — Gaststätten*

## Umweltplanung und Städtebau

Die erste Phase des Wiederaufbaues nach 1950 konzentrierte sich in den großen Städten und Ballungsräumen wesentlich auf die Rekonstruktion zerstörter oder teilzerstörter Wohngebiete. Zwangsläufig wurden vergangene Formen wieder hergestellt. Viele Tausende von Wohnungen sind dabei wieder aufgebaut worden mit Ofenheizung. Ofenheizung bedeutet in jedem Wohnblock zahlreiche Abgase und Luftverschmutzung. Die NEUE HEIMAT ist sehr frühzeitig, sobald dies die Förderungsbestimmungen für den sozialen Wohnungsbau gestatteten, dazu übergegangen, ihre Wohnungen mit zentralen Heizanlagen auszustatten. Das bedeutet nicht nur mehr Bequemlichkeit für die Bewohner, sondern Reduzierung der zahlreichen Brennstellen auf einige wenige. Der nächste Schritt war dann die Erstellung von Fern- beziehungsweise Blockheizwerken in den neuen Wohnanlagen, also Reduzierung einiger Brennstellen in einem größeren Wohngebiet auf eine einzige.

Selbst phantasiereiche Leute haben in den fünfziger Jahren die Motorisierung in der Bundesrepublik nicht vorhersehen können. Die damals geplanten und gebauten Wohnanlagen sind zum Teil bis heute unzureichend mit Stellflächen ausgestattet. Negativer Erfolg: Straßenränder und jeder verfügbare freie Fleck sind mit Autos vollgepflastert, die nicht nur Abgase in die Welt puffen, sondern frühmorgens beim Start zur Arbeit und vielleicht auch nachts bei der Heimkehr vom abendlichen Vergnügen die Anwohner durch Geräusche belästigen. Heute werden die Wohnanlagen schon mit mehr als einer

Stellfläche beziehungsweise Garage pro Wohnung ausgestattet. Tiefgaragen, durch Gänge abgeschirmte Stellflächen reduzieren diese Belästigungen. Das sind zwei simple Beispiele, die nur verdeutlichen sollen, wie die Fragen des Umweltschutzes auch von den jeweiligen Zeitumständen abhängig sind und wie sich die Gegebenheiten und Erkenntnisse wandeln.

Die Umweltplanung muß natürlich viel umfassender sein. Der Gedanke des Umweltschutzes muß schon in den ersten Ideenskizzen stecken. Die NEUE HEIMAT hat die Aspekte des Umweltschutzes bei ihrer gesamten Tätigkeit zu berücksichtigen:

- Stadterneuerung und Stadterweiterung; im Rahmen dieser Aufgaben Bau von Wohnungen, Gewerbeeinrichtungen, Einkaufszentren, Sportstätten, Vergnügungstätten, Jugendheimen, Altenheimen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen mehr.
- Strukturverbesserung ganzer Regionen durch Industrieansiedlung, Wohnungsbau und Schaffung der übrigen erforderlichen Einrichtungen.
- Schaffung zentraler ländlicher Orte mit allen erforderlichen Einrichtungen.

Städte- und Wohnungsbau können sich negativ auf die Umwelt auswirken. Eine Großwohnanlage am falschen Platz kann die Umweltaspekte beeinträchtigen, ebenso wie Eigenheimsiedlungen, die wild in die Landschaft wuchern. — Die NEUE HEIMAT hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihre neuen Wohnanlagen so geplant, daß sie sich organisch in die Landschaft fügen, daß sie hohe Wohn- und Freizeitwerte haben. So sind Großwohnanlagen an vielen Orten der Bundesrepublik entstanden, in denen sich die Menschen inzwischen zu Hause fühlen. Dies trotz vielerlei Kritik in der Öffentlichkeit, die sich gern an großen Bauvorhaben erhitzt. Zwei markante Beispiele dafür sind die Neue Vahr in Bremen und die Großwohnanlage Osdorfer Born in Hamburg. Beide jahrelanger Gegenstand vieler Kritiken. Demoskopische Umfragen (vor einigen Jahren von einem unabhängigen Institut in der Neuen Vahr veranstaltet — und erst kürzlich eine vom Hamburger Senat veranlaßte Umfrage im Osdorfer Born) haben einen außerordentlich hohen Zufriedenheitswert der Bewohner mit ihrer Wohnung und ihrer baulichen sowie landschaftlichen Umwelt ergeben. Ergebnisse, die dem Trend der bisherigen öffentlichen Diskussionen über diese Wohnanlage diametral entgegenstehen.

Selbstverständlich wandeln sich auch die Auffassungen über Städtebau und Architektur mit der Zeit. Die Städtebaucharta von Athen, lange Zeit Bibel der Stadtplaner aller Welt, hat mit dazu beigetragen, daß die Städte sehr weit aufgelockert wurden, daß sie — oft planlos — in die Umwelt wuchern. So sind viele Wohnanlagen an den Peripherien entstanden, und es wäre völlig falsch zu sagen, daß diese Entwicklung in jeder Hinsicht umweltfeindlich ist. Sie wird es dann, wenn die Landschaft zersiedelt wird. Sie wirkt positiv, wenn planvoll weiterentwickelt wird. Beides ist zweifellos in der Vergangenheit nebeneinander geschehen. Diese Entwicklung muß natürlich auch als eine langfristige Gegenreaktion auf die Slums der Gründerzeit gesehen werden, die ja in zahlreichen Fällen bis in die Gegenwart weiterbestehen und gewiß nicht umweltfreundlich sind.

Die Erhaltung von viel Grün in den Wohnanlagen, das Hereinziehen von Wasserflächen bieten nicht nur reizvolle Ausblicke. Sie tragen auch zur Reinhaltung und Regenerierung der Luft bei. — Wichtig für große Siedlungen sind natürlich auch die *Verkehrswege innerhalb der Siedlung*. Für Fußgänger, insbesondere für Kinder, gilt es, verkehrsfreie Wege zu allen wichtigen Punkten der Wohnanlage zu schaffen, beispielsweise zu Einkaufsstätten und Schulen. Die Anbindung an das größere Verkehrsnetz, die innere Straßenerschließung und die Platzierung der Anlagen für den ruhenden Verkehr müssen so durchdacht sein, daß sie Wohnen und Bewegen in der Siedlung nach Möglichkeit wenig beeinträchtigen. Diese Gesichtspunkte berücksichtigt die NEUE HEIMAT bei ihren Planungen, wie sich an vielen Beispielen aufzeigen läßt.

Die Vorstellungen und Erkenntnisse wandeln sich, das Idealbild des Wohnens im Grünen ist lange nicht mehr die einzige Zielvorstellung. So hat sich etwa seit Mitte der sechziger Jahre auch die Auffassung der Städtebauer über das Wohnen gewandelt. Die Städtebaucharta von Athen ist vom Podest gehoben. Man will auch wieder in den Innenstädten wohnen und dichter wohnen. Das hat verschiedene Ursachen. Die Bundesrepublik ist ein dichtbesiedeltes Land und die zur Erfüllung der Grundfunktionen des menschlichen Lebens notwendigen Flächen werden immer knapper. Zum anderen vermissen viele Menschen in ihren grünen Wohnsiedlungen das lebendige, urbane Leben. Es wird auch immer bedenklicher, Naherholungsgebiete durch Einzelhausbebauungen wertlos zu machen, Seeufer Erholungssuchenden zu entziehen, die Grundwasserspiegel durch Flächenbebauung oder zentrale Wasserversorgung über immer größere Flächen abzusenken. Ein weiterer Faktor ist die ungeordnete Mülldeponie in Gebieten, die zu weitläufig und zu dünn für eine geordnete Müllabfuhr besiedelt sind. Menschliche Neigungen und Notwendigkeiten haben also hier die gleiche Zielrichtung: *Verdichtung*.

Die innerstädtische Verdichtung ist mit den heutigen technischen Möglichkeiten zu realisieren, ohne daß neue Slums entstehen. Hinzu kommt, daß die früher angestrebte Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz heute weitgehend nicht mehr notwendig ist. Viele Betriebe sind störungsfrei geworden. Das Dienstleistungsgewerbe, das ohnehin auf Menschennähe angewiesen ist, hat sich gewaltig ausgebreitet. Und: wer in der Stadt in der Nähe seines Arbeitsplatzes wohnt, fährt (hoffentlich) nicht mit dem Auto. Er verschmutzt die Umwelt nicht mit den Abgasen, verstopft den Verkehr nicht und mindert damit auch die psychische Belastung seiner Mitmenschen. Aber die Verdichtung erstreckt sich nicht nur auf die Städte. Auch die peripheren Siedlungen müssen schwerpunktmäßig konzentriert werden. Der Konzentrationsgrad der Siedlungen und die Qualität der Infrastrukturversorgung hängen eng miteinander zusammen. Unabhängig von den Fragen des Umweltschutzes bestehen hier entscheidende Argumente für verdichtete Siedlungsformen.

Die Konsequenzen dieser Erkenntnis sind, nicht nur neue Siedlungen dichter zu bauen, sondern auch bestehende Siedlungen gezielt zu verdichten. Die NEUE HEIMAT hat auch diese Entwicklung frühzeitig erkannt und ihre Planungen danach ausgerichtet. Das Bundesraumordnungsprogramm, das die Bundesregierung Ende dieses Jahres vorlegen will, wird das Prinzip der Entwicklungsschwerpunkte als Grundziel der Raum- und Stadtplanung klar herausstellen.

Die Unternehmensgruppe NEUE HEIMAT ist sich darüber klar, daß mit der Entscheidung für die Maxime: „Umweltschutz durch Verdichtung“ kein Patentrezept vorliegt. Es gilt, umweltneutrale und menschenfreundliche Verdichtungsformen zu entwickeln und dabei nicht in die Fehler des Städtebaues zu verfallen, die aus heutiger Sicht in den letzten hundert Jahren gemacht worden sind. Diese Fehler sind eine wesentliche Ursache dafür, daß heute die Umweltdiskussion so intensiv geführt werden muß.

*Günter Baumann, NEUE HEIMAT, Gemeinnützige  
Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft, Hamburg*